

Themenblätter im Unterricht/Nr. 77



.....

Armut – hier und weltweit

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht

VORAB



— Zum Autor



Robby Geyer,

geb. 1978, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte Südasien und Erwachsenenbildung in Heidelberg und Kaiserslautern; seit 2001 als freier Referent in der politischen Bildung tätig.

Arbeitsschwerpunkte: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Europäische Integration, Globalisierung, Freiheit und Sicherheit, Indien sowie Evaluation in der politischen Bildung.

— Impressum

— **Herausgeberin:** Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— **E-Mail der Redaktion:** moeckel@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— **Autor:** Robby Geyer
— **Redaktion:** Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz
— **Gestaltung:** Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
— **Titelillustration:** Leitwerk, Cornelia Pistorius (unter Verwendung eines Fotos von picture-alliance/dpa)
— **Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn
— **Papier:** Schneidersöhne, PlanoPlus



— **Urheberrechte:** Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— **Haftungsausschluss:** Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— **Zweite Auflage:** Oktober 2010, ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.970 (siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Neu ab Sommer 2010!

Gesellschaft für Einsteiger
Arbeitsmappe mit 20 Arbeitsblättern



— Inhalt

Vorab: Impressum, Zum Autor, Lieferbare Themenblätter im Unterricht
Lehrerblatt 01–06: Anmerkungen für die Lehrkraft / Kopiervorlage
Arbeitsblatt A/B: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück)
zum Thema: „Armut – hier und weltweit“
Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen
Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.387
Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung? (neu 2008) Bestell-Nr. 5.394
Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5.396
Nr. 47: Die Türkei und Europa. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.940
Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
Nr. 49: Sport und (Welt-)Politik. Bestell-Nr. 5.942 (Restauflage)
Nr. 50: Freiheitsrechte – grenzenlos? Bestell-Nr. 5.943 (Restauflage)
Nr. 51: Gesundheitspolitik – Ende der Solidarität? Bestell-Nr. 5.944 (Restauflage)
Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.947
Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951 (Restauflage)
Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
Nr. 63: Akteure in der Politik. (neu 2009) Bestell-Nr. 5.956
Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5.959
Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961
Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5.962
Nr. 70: US-Präsidentchaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5.963
Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5.964
Nr. 72: Welche EU wollen wir? Bestell-Nr. 5.965
Nr. 73: Klimagerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.966
Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5.967
Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5.968
Nr. 76: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.969
Nr. 77: Armut – hier und weltweit. (neu 2010) Bestell-Nr. 5.970
Nr. 78: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. (neu 2009) Bestell-Nr. 5.971
Nr. 79: Herbst '89 in der DDR. Bestell-Nr. 5.972
Nr. 80: 17. Juni 1953 – Aufstand in der DDR. Bestell-Nr. 5.973
Nr. 81: Demokratie – was ist das? Bestell-Nr. 5.974
Nr. 82: Staatsverschuldung – unvermeidbar und gefährlich? Bestell-Nr. 5.975
Nr. 83: Meilensteine der Deutschen Einheit. Bestell-Nr. 5.976
Nr. 84: Afghanistan kontrovers. Bestell-Nr. 5.977
Nr. 85: Zusammengewachsen? 20 Jahre Deutsche Einheit. Bestell-Nr. 5.978
Nr. 86: Konjunktur – Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Bestell-Nr. 5.979

Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen, in Farbe und Schwarz-Weiß:
www.bpb.de/themenblaetter

— Jetzt bestellen! pocket wirtschaft



Ökonomische Grundbegriffe (Bestell-Nr. 2.552)

In der pocket-Reihe sind außerdem erschienen:

pocket politik (Bestell-Nr. 2.551)
pocket global (Bestell-Nr. 2.553)
pocket europa (Bestell-Nr. 2.554)

pocket zeitgeschichte (Bestell-Nr. 2.555)
pocket kultur (Bestell-Nr. 2.556)
pocket recht (Bestell-Nr. 2.557)

www.bpb.de/pocket

Armut – hier und weltweit

von Robby Geyer

LEHRERBLATT

01

„Armut“ wird heute vor allem mit der Situation in Entwicklungsländern in Verbindung gebracht. Jedoch gibt es auch in den westlichen Wohlstandsgesellschaften arme Menschen. Die politischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Armut ergriffen werden müssen, sind vielfältig und umstritten.

Armut und Mangel gibt es schon immer

Immer dort, wo Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben und Eigentum, Besitz und Einkommen nicht gleich verteilt sind, gibt es Einzelne oder ganze gesellschaftliche Gruppen, die in Armut leben. In allen geschichtlichen Epochen findet man Beispiele für Menschen, die arm waren. Erinnert sei an die Armenhäuser der mittelalterlichen Städte oder an die Verhältnisse, in denen Arbeiter und ihre Familien während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert existieren mussten.

Armut hat viele Gesichter

Armut äußert sich in unterschiedlichen Formen. Einige dieser Erscheinungsbilder treten verstärkt in Entwicklungsländern auf, während andere eher bei armen Menschen in den Industriestaaten zu beobachten sind:

- Hunger sowie Unter- und Mangelernährung
- schlechter Gesundheitszustand und erhöhte Anfälligkeit für Krankheiten
- geringe Lebenserwartung und hohe Sterblichkeit bei Säuglingen, Kleinkindern und Müttern
- niedriger Bildungsstand und mangelnde oder fehlende Ausbildung (Analphabetentum; geringe Qualifizierung)
- hohe Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und ein großer informeller Sektor (Schwarzarbeit)
- schlechte Wohnverhältnisse oder gar Obdachlosigkeit
- schlechte Kleidung
- kulturelle und soziale Entwurzelung sowie Isolation (Ausschluss vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben)
- Minderwertigkeitsgefühle und psychosomatische Störungen

Absolute Armut

Bis 2008 wurde als in **absoluter Armut** lebend angesehen, wer am Tag weniger als einen **US-Dollar zur Verfügung hat**, um damit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dieser Wert wurde durch die Weltbank auf **1,25 US-Dollar** angehoben. Dies hängt mit der Veränderung der Kaufkraft des Geldes zusammen. Der erste Wert bezog sich auf das Basisjahr 1993, während dem aktuellen Wert die Kaufkraft des Jahres 2005 zugrunde liegt.

Absolute Armut tritt besonders in den Entwicklungsländern zu Tage und bezieht sich auf ein **physisches Existenzminimum**, welches zum Überleben notwendig ist. Nach aktuellen Zahlen der Weltbank (August 2008) leben nach dieser Definition etwa **1,4 Mrd. Menschen** weltweit in extremer Armut (↑ Tabelle a). Nimmt man den Wert von zwei US-Dollar als tägliches Existenzminimum, erhöht sich die Zahl schon auf über 2,5 Mrd. Menschen, was etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung entspricht (↑ Tabelle b). Im Januar 2010 schätzte die Weltbank, dass sich durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen um bis zu 64 Mio. erhöht hat.

♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Zu dieser Ausgabe

Es werden Grundzüge der „absoluten“ und der „relativen“ Armut sowie der weltweite Kampf gegen die Armut (Millenniumsziel der UN) erörtert.

— Armut weltweit

Anzahl der Menschen, die täglich von weniger als
a) **1,25 US-Dollar** leben (in Mio.)

	1990	2005	2015	2020
Ostasien und Pazifik	873	317	120	83
nur China	683	208	70	56
Europa und Zentralasien	9	16	7	5
Lateinamerika und Karibik	50	45	30	27
Südasien	579	595	388	352
nur Indien	435	456	295	268
Naher Osten und Nordafrika	10	11	6	6
Subsahara-Afrika	296	387	366	352
insgesamt	1.817	1.371	918	826

b) **2 US-Dollar** leben (in Mio.)

	1990	2005	2015	2020
Ostasien und Pazifik	1.274	730	394	299
nur China	961	473	220	168
Europa und Zentralasien	32	39	22	18
Lateinamerika und Karibik	96	91	67	62
Südasien	926	1.091	973	926
nur Indien	702	828	728	968
Naher Osten und Nordafrika	44	52	30	26
Subsahara-Afrika	391	555	574	595
insgesamt	2.754	2.557	2.060	1.926

Quelle: Weltbank 2010; © Leitwerk

LEHRERBLATT

02

— Human Development Index (HDI) und „Bruttonationalglück“

Bei diesem Index wird der Entwicklungsstand eines Landes nicht ausschließlich nach der Wirtschaftskraft und dem Realeinkommen bemessen. Zusätzlich zum realen Pro-Kopf-Einkommen werden auch die Lebenserwartung sowie die Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen und die Schulanfängerquote berücksichtigt. Daher bildet der HDI eine Alternative zur monetären (in Geld ausgedrückten) Bestimmung von absoluter und relativer Armut. Der HDI hat stets einen Wert zwischen 0 und 1. Je näher er für ein Land am Wert 1 liegt, desto höher ist die menschliche Entwicklung in diesem Land. Je mehr er gegen 0 tendiert, desto höher ist der Grad der Unterentwicklung.

Nähere Infos unter: www.hdr.undp.org/en/statistics/indices.hdi

Relative Armut

Relativ neu und in der Messbarkeit noch sehr vage sind Ansätze, die einen ganzheitlichen Lebensstandard durch ein **Bruttonationalglück** (Gross National Happiness) ausdrücken wollen. Seit den 1970er Jahren nimmt Bhutan hierbei eine Vorreiterrolle ein (↑ Infokasten auf Lehrerblatt 03). Der Lebensstandard eines Landes soll sich demnach nicht nur aus Wirtschaftswachstum und Einkommen errechnen, sondern auch Nachhaltigkeit im ökologischen und sozialen sowie kulturellen Bereich stärker berücksichtigen.

Ihre Armut haben die Entwicklungsländern nicht allein zu verantworten. Die Vorwürfe gegenüber den Industriestaaten lauten:

- sie erheben Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte, was deren Waren verteuert und somit im Wettbewerb verschlechtert;
- sie versuchen, staatlich subventionierte und dadurch billige Agrarprodukte in den Entwicklungsländern abzusetzen. Diese Subventionspolitik in der Landwirtschaft ist mitverantwortlich dafür, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe tendenziell stark gefallen sind und großen Schwankungen unterliegen. Dadurch sinken die Einnahmen;
- sie vergeben Kredite an die Entwicklungsländer ohne ausreichend darauf zu achten, wofür dieses Geld eingesetzt wird.

Kampf der absoluten Armut:

Das erste Millenniumsziel der Vereinten Nationen (UNO)

Im September 2000 einigten sich die Vertreter*innen von 189 Staaten auf die sogenannte **Millenniumserklärung**. Darin wurde das Ziel festgeschrieben, die Lebenssituation für alle Menschen in den nächsten fünfzehn Jahren zu verbessern. 2001 wurden acht Ziele formuliert, die bis 2015 erfüllt werden sollen. Diese umfassen 22 konkrete Maßnahmen.

Unter anderem verpflichteten sich die Staaten, eine Primärbildung für alle Kinder zu garantieren, die Gesundheitsversorgung auszubauen sowie die Bekämpfung von Krankheiten zu intensivieren. Auch soll die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und Industriestaaten (globale Entwicklungspartnerschaft) verbessert werden.

Als erstes Millenniumsziel wurde die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger beschlossen. Konkret soll der Anteil derjenigen, die täglich von weniger als einem US-Dollar (ab 2008 1,25 US-Dollar) leben müssen, bis 2015 halbiert werden. Auch der Anteil der Menschen, die unter dauerhaftem Hunger leiden, soll halbiert werden.

Als Bezugsgröße dient das Jahr 1990. Jährlich ermitteln die UNO und andere internationale Organisationen den aktuellen Stand der Umsetzung. Wie die Grafik auf Arbeitsblatt A zeigt, wird nach den aktuellen Entwicklungen das Ziel, die Armut zu halbieren, bis 2015 erreicht werden. Lag der Anteil 1990 noch bei 41,7 Prozent der Weltbevölkerung, so konnte er bis 2005 auf 25,2 Prozent gesenkt werden und soll nach den Prognosen der Weltbank 2015 bei 15 Prozent liegen. Auffällig ist, dass die größten Erfolge bei der Armutsbekämpfung in Ostasien und insbesondere China zu verzeichnen sind, während das erste Millenniumsziel in Subsahara-Afrika wohl nicht erreicht wird. Dort wird der Anteil von derzeit knapp über 50 Prozent an armer Bevölkerung auf etwa 38 Prozent sinken.

Die Weltbank hat im Sommer 2010 Berechnungen veröffentlicht, nach denen bereits ein Rückgang des Wirtschaftswachstums um 0,5 Prozentpunkte bis 2020 zu 26,3 Mio. bzw. 78,8 Mio. Menschen führt, die 1,25 US-Dollar und weniger bzw. 2 US-Dollar und weniger täglich zur Verfügung haben.

— Ursachen und Folgen von Armut

Wirtschaft	Gesellschaft	Politik
Mangelnde Verfügungsgewalt über Ressourcen (Grund und Boden, Kapital, Wissen, etc.)	Starre hierarchische Gesellschaftsstrukturen (Benachteiligung von Frauen und Mädchen)	Instabile politische Verhältnisse (Diktatur, Putsch, Bürgerkrieg)
Mangelnde Produktivität der Landwirtschaft (fehlende Finanzmittel für Investitionen und Modernisierung, fehlende Anreize für Produktionssteigerung durch niedrige Preise, zu wenig Nahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung)	Unzureichendes Bildungs- und Ausbildungsniveau (keine Schulen, schlechte Ausstattung, fehlende Schulabschlüsse, keine Berufsausbildung)	Korruption und persönliche Bereicherung
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (fehlende Arbeitsmöglichkeiten)	Mangelnde Gesundheitsversorgung (erhöhtes Krankheitsrisiko, hohe Sterblichkeit, geringe Lebenserwartung)	Hohe Militärausgaben zu Lasten von Gesundheit und Bildung
Geringes Einkommen und fehlende Kaufkraft	Flüchtlingsströme und Obdachlosigkeit durch Bürgerkriege	Hoher Schuldenstand und hohe Zinsen

Situation in Deutschland

Nach den aktuell vorliegenden Zahlen der OECD lag der Anteil der relativ armen Menschen in Deutschland bei 11 Prozent und damit leicht über dem Durchschnitt (siehe Grafik). 1985 lag die Armutsquote noch bei 9,1 (altes Bundesgebiet) und ging bis 1997 sogar auf 7,9 Prozent zurück. Seither hat die relative Armut in Deutschland wieder zugenommen.

Das Risiko in Deutschland einkommensarm zu sein, wurde im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für 2005 mit 13 Prozent für das gesamte Bundesgebiet angegeben. Durch staatliche Transferleistungen (z.B. Kinder- oder Wohngeld) konnte die Armutsrisikoquote 2005 somit halbiert werden. Deutschland gehört damit zu den Ländern, in denen die Sozialtransfers deutlich die Armutsrisikoquote senken. Das Statistische Bundesamt beziffert die Armutsrisikoquote für 2007 auf 15,3 und für 2008 auf 14,4 Prozent (Statistisches Jahrbuch 2010). 2001 lag sie noch bei 11,4 Prozent.

Zu den besonders gefährdeten Gruppen zählen:

- Arbeitslose (56,8 Prozent)*
- Personen mit Besuch einer Hauptschule ohne Abschluss (26,3 Prozent)**
- Alleinerziehende (36,1 Prozent)*
- Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren (20,2 Prozent)*
- Personen mit nicht-deutscher Nationalität (22,8 Prozent)**

Auch regional variiert die Armutsgefährdung deutschlandweit. Das Armutsrisiko lag 2008 in Ostdeutschland (ehemalige DDR und Berlin) mit 19,5 Prozent höher als in Westdeutschland mit 13,1 Prozent. Im Datenreport 2008 wurde der Prozentsatz der Armutsschwelle in Ostdeutschland für 2006 sogar mit 22,7 Prozent angegeben.

Mindestsicherung für ein sozio-kulturelles Existenzminimum

Durch staatliche Sozialleistungen in Form einer Mindestsicherung soll für jede Person in Deutschland ein sozio-kulturelles Existenzminimum gewährleistet werden. Dabei handelt es sich um Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe), Asylbewerberleistungen sowie Kriegspferfürsorge. Mit diesen Zahlungen soll ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Der notwendige Lebensunterhalt soll den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und persönlichen Bedürfnissen abdecken. Dazu zählen auch die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen (Freundeskreis, Vereinsaktivitäten) und die Teilnahme am kulturellen Leben.

Zurzeit beträgt der finanzielle Regelsatz monatlich 359 Euro für einen Alleinstehenden. Hinzu kommen „angemessene Kosten“ für Miete und Heizung. Die Regelsätze mussten nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 neu berechnet werden, weil die bisherigen Regelleistungen nach Ansicht des Gerichts nicht die Anforderungen an ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ erfüllen. Vorgesehen ist eine Erhöhung auf 364 Euro, wobei die parlamentarischen Beratungen noch nicht abgeschlossen sind (Stand Oktober 2010). Weitere Haushaltsmitglieder erhalten gestaffelt nach Alter zwischen etwa 60 und 80 Prozent des Regelsatzes. Kinder und Jugendliche sollen durch ein Bildungspaket im Gesamtwert von 620 Mio. Euro durch Sachleistungen zusätzlich gefördert werden.

Die Bemessungsgrundlage für den Regelsatz bilden Stichproben zu Einkommen und Verbrauch bei den einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte in Deutschland. Neue Daten werden alle fünf Jahre erhoben. In der Zwischenzeit ist die Entwicklung der Mindestsicherung an die Rentenentwicklung angepasst.

Ende 2008 bezogen in Deutschland **über 8 Mio. Menschen** solche Sozialleistungen. Die größte Empfängergruppe sind mit 6,9 Mio. Personen die Arbeitsuchenden und deren Familien, für die insgesamt **44,6 Mrd. Euro** aufgewendet wurden. Hinzu kamen knapp 1,2 Mio. Rentner, Menschen, die aufgrund von Erkrankung und Behinderung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, sowie Asylbewerber und Kriegspfer. Für diese Sozialleistungen wurden rund **23,2 Mrd. Euro** ausgegeben.**

LEHRERBLATT

03

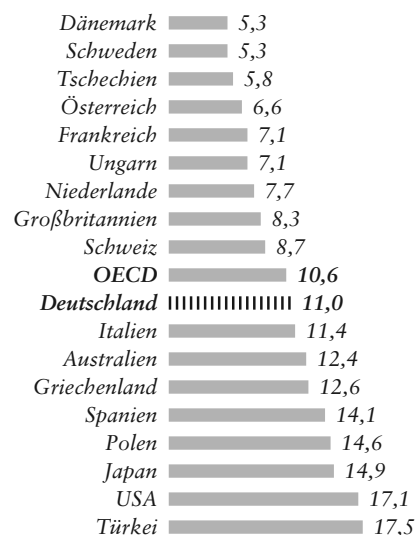
— „Bruttosozialglück“ in Bhutan

Das Königreich Bhutan versucht seit den 1970er Jahren den Lebensstandard seiner Bewohner auf andere Art als üblich zu bemessen: Dort wird das „Bruttosozialglück“ erhoben. Das errechnet sich nicht nur aus wirtschaftlichen Faktoren, sondern bezieht auch ökologische, kulturelle und emotionale Faktoren mit ein. „Wonach soll man (...) fragen, um materielles und spirituelles Wohlbefinden zusammenzubringen? Lebensstandard, Gesundheit, Erziehung, auch Umwelt, Kultur und gute Regierungsführung sind solche Fragegebiete. Ferner die Vitalität der Gemeinschaft, in der man lebt, emotionales Wohlbefinden und – ganz wichtig – die Verteilung und Verwendung von Zeit.“

www.zeit.de/2008/13/Bhutan

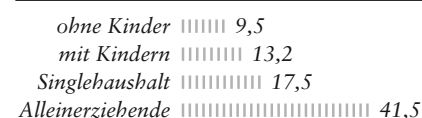
— Leben unter der Armutsgrenze 2005

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens im jeweiligen Land (in Prozent)



Deutschland:

Anteil der Bevölkerung unter der Armuts-
grenze nach Haushaltstypen



Quelle: OECD 2008 und Datenreport 2008; © Leitwerk

LEHRERBLATT

04

— Mindestlohn als Strategie zur
Armutsbekämpfung

Wer mit seiner Arbeit seine Familie ernähren will, braucht einen ausreichenden Arbeitslohn. Es gibt aber Jobs, bei denen auch in einem regulären Arbeitsverhältnis das Einkommen nicht ausreicht. Das brachte seit 2005 in Deutschland die Mindestlohndebatte auf die Tagesordnung. Ein Mindestlohn ist ein gesetzlich festgelegtes Arbeitsentgelt, das den Beschäftigten als Minimum zusteht, um ihre Grundbedürfnisse zu sichern.

In vielen Ländern gibt es bereits heute einen Mindestlohn; zum Beispiel haben 20 von 27 EU-Staaten einen solchen eingeführt. In Deutschland haben nicht nur die politischen Parteien unterschiedliche Positionen, auch zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften ist dieses Thema umstritten. Die Gewerkschaften fordern einen Stundenlohn von 8,50 Euro. Dies wäre bei einem Vollzeitbeschäftigten (40 h/Woche) ein monatlicher Mindestlohn von etwa 1.360 Euro.

— Monatlicher Mindestlohn in aus-
gewählten Staaten in Euro (gerundet;
Stand 2010)

Belgien	1.387,50
Frankreich	1.343,80
Griechenland	862,80
Großbritannien	1.076,50
Kroatien	385,50
Irland	1.461,90
Litauen	231,70
Luxemburg	1.682,80
Malta	659,90
Niederlande	1.407,60
Polen	320,90
Rumänien	141,60
Slowakei	307,70
Spanien	738,90
Türkei	338,30
USA	872,30

Quelle: EUROSTAT 2010; © Leitwerk

— Tipp: Umrechnungskurs
US-Dollar in Euro

Der Gegenwert von 1 US-Dollar betrug bei Redaktionsschluss (06. Oktober 2010) ca. 0,7199 Euro.

Die tagesaktuellen Kurse lassen sich im Internet mit Hilfe einer Suchmaschine oder auf der Homepage der Deutschen Bundesbank ermitteln.

— Hinweise zum Arbeitsblatt A und B

Das Zitat zu Beginn von Arbeitsblatt A ist geeignet als Einstieg in das Thema. Den Hintergrund für diese Auffassung bildet die Menschenwürde (siehe auch Art. 1 Grundgesetz). In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde in Art. 1 festgehalten, dass alle Menschen frei sind und „gleich an Würde und Rechten geboren“. Auch die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) ist für arme Menschen eingeschränkt. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Beispiel in seiner Urteilsbegründung zu den „Hartz IV-Regelsätzen“ ausdrücklich auf den ersten Artikel des Grundgesetzes verwiesen. Außerdem ist Deutschland nach Artikel 20 Abs. 1 ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Daraus lässt sich u.a. ein Sozialstaatsprinzip ableiten.

Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der 1976 in Kraft trat, werden Rechte formuliert, die ebenfalls nicht gewährleistet werden, wenn jemand in Armut lebt. Dazu gehört u.a. das Recht auf soziale Sicherheit oder auf Bildung.

Armuts hat viele Gesichter (zu Aufgabe 1)

Die Fotos zeigen verschiedene Ursachen und Folgen von Armut:

- Zu 1: Arbeitslosigkeit (EL/IL) / Depression (eher IL)

Foto: Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin am 21.10.2006

- Zu 2: mangelnde Bildung (EL/IL) / Analphabetismus (eher EL; v.a. Frauen)

Foto: Eritreische Frau mit Baby in einem Alphabetisierungskurs in Himberti/2001

- Zu 3: Obdachlosigkeit (EL/IL) / Krankheit; Drogen; Alkoholismus (EL/IL)

(soziale) Ausgrenzung (EL/IL)

Foto: Obdachloser mit Weinflasche, ohne Strümpfe, in Hamburg

- Zu 4: Hunger/Unter- und Mangelernährung (EL)

Foto: Burmesische Flüchtlingsfrau beim Wasserholen in einem Camp in Bangladesch mit ihrem unterernährten Kind auf dem Arm (Juni 2006)

Außerdem: hohe Sterblichkeitsraten in den Entwicklungsländern/Krankheit, schlechte Kleidung, Ausschluss vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben, Beispiele für psychosomatische Störungen (z.B. Minderwertigkeitsgefühl), Bildungsarmut, Armut von Kindern.

Absolute Armut (zu Aufgabe 2)

Die Grafik zeigt, dass das Millenniumsziel zur Halbierung des Anteils der Menschen, die in absoluter Armut leben, bis 2015 weltweit wahrscheinlich erreicht wird. Im Nahen Osten und Nordafrika bzw. in Europa und Zentralasien wird das niedrige Niveau der absoluten Armut weiter gesenkt. Lediglich in Subsahara-Afrika wird das Ziel voraussichtlich verfehlt. In dieser Region müssen die Bemühungen demzufolge intensiviert werden. Besonders erfolgreich wurde die absolute Armut hingegen in Ostasien (insbesondere China) bekämpft.

Relative Armut (zu Aufgabe 3)

Richtige Zuordnung: 1c / 2d / 3b / 4a

Situation zur Armut in Deutschland (zu Aufgabe 4)

Lösungen zum Lückentext in der richtigen Reihenfolge:

Bevölkerung / Transferleistungen / Armutsrisikoquote / Wohngeld / Ostdeutschland / ältere / Kinder und Jugendliche / Armutsrisiko / Alleinerziehende / Arbeitslosigkeit / Bildungsniveau / Arbeiter*innen / Obdachlose / Migrationshintergrund

Mindestsicherung für ein Leben in Menschenwürde (zu Aufgabe 5)

Die Mindestsicherung soll den Grundbedarf des täglichen Lebens abdecken. Dazu zählen Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse wie Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und Teilnahme am kulturellen Leben. Restaurantbesuche, Geld für ein eigenes Auto oder Handy-Vertrag sowie die Finanzierung von Urlaubsreisen sind hier nicht vorgesehen. Die Kosten für Klassenfahrten z.B. werden in begründeten Fällen übernommen.

— Hinweise zur Kopiervorlage

LEHRERBLATT

05

Mindestlohn als Mittel zur Armutsbekämpfung? (zu Aufgabe Z1)

Die erste Karikatur thematisiert die Problematik von Beschäftigung im Niedriglohnbereich, während die zweite die Position von Unternehmern und Spitzenverdienern wiedergibt. Download der Karikaturen für Overheadfolien unter: www.bpb.de/themenblaetter.

Wie sehr muss sich Arbeit lohnen?

Pro und Contra für einen Mindestlohn (zu Aufgabe Z2)

Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen, wobei eine die Pro- und die andere die Contra-Seite vertritt. Nachdem zuvor die jeweiligen Argumente zugeordnet wurden, können die Gruppen gleich damit beginnen, die Argumente auszuformulieren. Ein oder zwei Schüler sollten zu Moderatoren bestimmt werden, die die Diskussion leiten und die Argumente der Gruppen protokollieren. Dabei sollten die Pro- und Contra-Punkte so notiert werden, dass sie für das Publikum lesbar sind (z.B. an der Tafel anschreiben). Jede Gruppe wählt einen oder zwei Schüler, die die Gruppe in der Diskussion vertreten. Abwechselnd haben diese die Möglichkeit, ihre Argumente vorzutragen. Dabei sollten die Diskutanten nicht nur ihre eigenen Argumente präsentieren, sondern auch auf die Punkte der Gegenseite eingehen. Abschließend kann das Publikum darüber abstimmen, welche Argumentation sie am ehesten überzeugt hat.

Weitere Hinweise zur Pro- und Contra-Diskussion finden Sie im Methodenkoffer oder der Methoden-Kiste: www.bpb.de > Lernen > Methodenkoffer > Pro- und Contradiskussion oder: www.bpb.de > Publikationen > Thema im Unterricht > Methodenkiste

— Argumente für und gegen einen Mindestlohn

Pro-Argumente

- jeder Vollzeitbeschäftigte muss von seinem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten können (moralisches Gebot, da geringe Löhne sittenwidrig sind; Recht auf einen Mindestlohn im WSK-Pakt festgeschrieben)
- Gewerkschaften teilweise zu schwach, um angemessenen Lohn auszuhandeln (z.B. durch Mitgliederschwund)
- die Hartz IV-Regelsätze (z.B. für Alleinstehende: 351 Euro + ca. 317 Euro für Miete und Heizung) sind als heimlicher Mindestlohn zu gering (muss darüber liegen, damit sich Arbeit lohnt; Leistungsprinzip)
- Motivationssteigerung für Beschäftigte (Beitrag zur Qualitätssicherung)
- keine negativen Beschäftigungseffekte durch Mindestlohn (nicht zwangsläufig oder verkraftbar);
- im Dienstleistungsbereich kein Arbeitsplatzabbau (Dienstleistungen am Menschen kann man nicht ins Ausland verlagern)
- durch verstärkten privaten Konsum und gesteigerte Binnennachfrage positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt
- kein wirtschaftlicher Schaden in Ländern, die Mindestlohn haben (Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft für wirtschaftliche Entwicklung wichtiger)
- Verhinderung von Preiskämpfen zu Lasten der Arbeitnehmer („Lohndumping“) – alle müssen mindestens den vorgeschriebenen Lohn zahlen; gleichzeitig Schutz vor Billiglohn-Konkurrenz aus dem Ausland im Dienstleistungssektor
- weitere Ausweitung des Niedriglohn-Sektors gestoppt
- staatliche Mindestarbeitsstandards gibt es bereits (z.B. Mindesturlaubsanspruch, wöchentliche Höchstarbeitszeit)
- Entlastung der Staatskasse (durch wegfallende Transferleistungen und steigende Einnahmen durch Lohnsteuer und bei der Sozialversicherung)
- Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen können reduziert werden

Contra-Argumente

- Arbeitsplatzabbau (steigende Arbeitslosigkeit)
- sinkende Lohnsteuereinnahmen für den Staat, weniger Beiträge für die Sozialversicherung und mehr Ausgaben durch Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Zunahme des Armutsrisikos, weil mehr Menschen arbeitslos werden
- Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit (steigende Produktionskosten; sinkende Produktivität)
- sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (Wettbewerbsnachteile)
- Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland (Länder mit niedrigeren Lohnkosten)
- Gefahr von Schwarzarbeit steigt
- Eingriff in die Tarifautonomie (Löhne und Gehälter durch die Tarifparteien)
- Arbeitgeber und Gewerkschaften (Tarife werden ohne Einmischung des Staates ausgehandelt)
- Veränderung des gesamten Lohngefüges (z.B. Lohnunterschiede zwischen Ungelernten und Facharbeitern)
- staatliche Transferzahlungen besser geeignet, um Einkommensschwache zu unterstützen
- faktischer (heimlicher) Mindestlohn besteht durch Hartz-IV-Regelsätze
- Kontroll-Bürokratie, die die Einhaltung des Mindestlohns überwachen müsste

KOPIERVORLAGE

K01

Die Debatte um Mindestlöhne

von Robby Geyer

— Pro- und Contra-Argumente Mindestlohn

- Arbeit muss sich lohnen
- viel Bürokratie zur Kontrolle nötig
- Gewerkschaften als Tarifpartner zu schwach
- Löhne sind Sache der Tarifparteien, nicht des Staates
- Menschenrecht auf einen Mindestlohn
- Arbeitsplatzabbau
- Entlastung der Staatskasse
- Wettbewerbsnachteile
- Dienstleistungen am Menschen kann man nicht ins Ausland verlagern
- Anstieg des privaten Konsums
- erhöhtes Armutsrisiko wegen Kündigung
- Förderung von Schwarzarbeit
- Motivationssteigerung bei den Beschäftigten
- heimlicher Mindestlohn ist Hartz IV
- Verhinderung von Löhnen weit unter Tarif
- Ausweitung des Niedriglohnsektors muss verhindert werden
- steigende Produktionskosten bedeuten Verlagerung ins Ausland

Z1 Mindestlohn als Mittel zur Armutsbekämpfung?

Seit 2005 wird in Deutschland wieder verstärkt über die Einführung eines Mindestlohns diskutiert. Welche Positionen werden auf den beiden Karikaturen dargestellt?



Z2 Wie sehr muss sich Arbeit lohnen? Pro und Contra für einen Mindestlohn

Ein Mindestlohn wird in der Regel landesweit und per Gesetz für Vollzeitbeschäftigte eingeführt. Dabei handelt es sich um Bruttolöhne vor Abzug der Einkommenssteuern und Sozialabgaben. In den meisten Staaten wird er jährlich als Bruttomonatslohn festgelegt. In Deutschland gibt es nur für einige wenige Branchen (z.B. Dachdecker oder Alten- und häusliche Pflege) einen Mindestlohn, der durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz festgelegt wird.

A Ordnet die oben stehenden Argumente für und gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland, und tragt die Argumente der Gegner und Befürworter in die entsprechenden Spalten auf einer Wandzeitung (oder Tafel) ein. Natürlich könnt ihr auch eigene Pro- oder Contra-Argumente einfügen.

B Gestaltet mit Hilfe dieser Argumente eine Diskussionsrunde zwischen Gegnern und Befürwortern eines Mindestlohns. Stimmt anschließend darüber ab, ob ihr die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns befürwortet. Achtet in den Gruppen besonders darauf, die jeweiligen Argumente für die Diskussion auszuformulieren.

Armut – hier und weltweit

von Robby Geyer

ARBEITSBLATT

A

„Immer, wenn wir einen Menschen aus dem Leben in Armut erlösen, verteidigen wir Menschenrechte. Und immer wenn wir versagen, verraten wir Menschenrechte.“ Kofi Annan, UN*-Generalsekretär von 1997–2006

1 Armut hat viele Gesichter

Armut wird in der Regel am verfügbaren Einkommen, welches der einzelne Mensch ausgeben kann, gemessen. Jedoch äußert sich Armut in vielerlei Formen.

A Welche Formen von Armut und ihren Folgen erkennst du auf den Fotos?

B Fallen dir weitere Beispiele ein, wie sich Armut konkret zeigt?

C Überlege, welche dieser Erscheinungsformen eher in Entwicklungsländern (z.B. in Afrika oder Südasien) und welche in Industriestaaten (z.B. Deutschland oder USA) auftreten und kreuze die entsprechenden Kästchen bei den Fotos an.

D Vergleicht und diskutiert anschließend die Ergebnisse in der Klasse.

☒ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Armut: Formen und Folgen

1. Industrieland ☐ / Entwicklungsland ☐



2. Industrieland ☐ / Entwicklungsland ☐



3. Industrieland ☐ / Entwicklungsland ☐



4. Industrieland ☐ / Entwicklungsland ☐



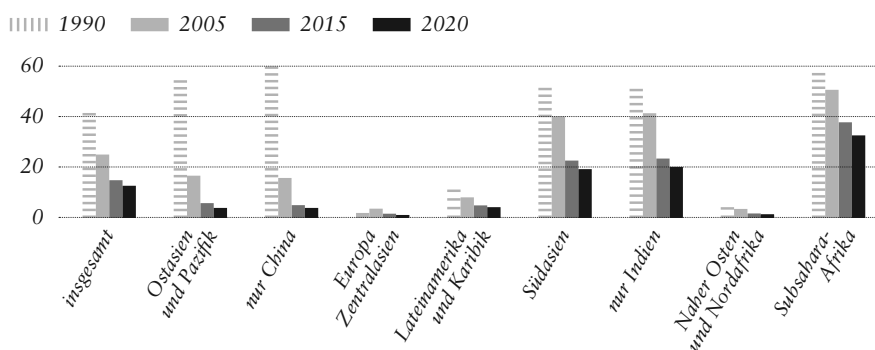
2 Absolute Armut

2001 beschlossen die UN-Staaten, den Anteil der Bevölkerung, die in **absoluter Armut leben** (d. h.: **weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zum Leben haben**), bis 2015 zu halbieren (1. Millenniumsziel).

A Kannst du dir vorstellen, wie man von 1,25 Dollar am Tag leben kann? Wie sehen die Bedingungen aus?

B Überprüfe mit Hilfe der Grafik die Entwicklung der Armut. Wird das Ziel der UN-Staaten, die Armut auf der Welt bis 2015 zu halbieren, insgesamt erfüllt werden? Wie sieht die Entwicklung in den einzelnen Regionen aus?

— Anteil der Menschen, die täglich von weniger als 1,25 US-Dollar leben (in Prozent)



Quelle: Weltbank 2010; © Leitwerk

ARBEITSBLATT

B

— Zuordnung zu Aufgabe 3

- | | |
|---------|---------|
| 1 _____ | 3 _____ |
| 2 _____ | 4 _____ |

3 Relative Armut

Das Konzept der relativen Armut umfasst mehrere Begriffe und Messgrößen. Ordne die jeweils zusammengehörigen Begriffe und Umschreibungen zu.

- | | |
|--|------------------------------------|
| 1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens | a Soziokulturelles Existenzminimum |
| 2 Bevölkerungsanteil mit 50–75 Prozent des Durchschnittseinkommens | b Armutsgrenze (Relative Armut) |
| 3 Bevölkerungsanteil mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens | c Armutsrisikoquote |
| 4 Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben und Teilhabe an der Gesellschaft | d Prekärer Wohlstand |

4 Situation zur Armut in Deutschland

Versuche, den Text mit Hilfe der nebenstehenden Begriffe sinnvoll zu ergänzen:

Das Risiko arm zu sein, betrifft in Deutschland 14,4 Prozent der _____.
(Zahlen für 2008). 2007 waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 15,4, aber 2001 nur 11,4 Prozent. Ohne staatliche _____ wäre die _____ etwa doppelt so hoch.
Durch staatliche Leistungen wie Kindergeld oder _____ wird das Einkommen aufgebessert. In _____ lag die Armutsschwelle 2008 mit 19,5 Prozent deutlich über der bundesweiten. Ältere Statistiken wiesen besonders _____ Frauen als arm aus. Heutzutage sind verstärkt _____ besonders von Armut betroffen. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen beträgt die Armutsrisikoquote 20,2 Prozent. Wer zudem mehrere Kinder hat, trägt ein zusätzliches _____ im Vergleich zu Kinderlosen. Auch _____ haben eine höhere Risikoquote als Familien mit zwei Erziehungsberechtigten. Sie lag 2007 bei 36,1 Prozent. Wesentliche Ursache für ein erhöhtes Armutsrisiko bleibt die _____.
Laut dem Statistischen Jahrbuch 2010 betrug die Quote bei den Arbeitslosen für 2007 ca. 56,8 Prozent. Eine entscheidende Rolle für die Situation spielt das _____: Wer über einen niedrigen Bildungsstand verfügt, ist stärker gefährdet, in Armut abzugleiten.
Der Datenreport 2008 weist die Armutsrisikoquote im Jahr 2006 für un- und angelernte _____ mit 18,1 Prozent aus. Sehr gefährdet sind zudem _____, Personen mit _____ sowie chronisch Kranke und Behinderte.

— Begriffe für den Lückentext

Alleinerziehende / ältere / Arbeiter*innen / Arbeitslosigkeit / Armutsrisiko / Armutsrisikoquote / Bevölkerung / Bildungsniveau / Kinder und Jugendliche / Migrationshintergrund / Obdachlose / Ostdeutschland / Transferleistungen / Wohngeld

— Vergleichsweise prima?

„Armut? Wo?!!“



„Armut in Deutschland – Anna E. (alleinerziehend) – Troststunde“



5 Grundsicherung für ein Leben in Menschenwürde

Mit einer staatlichen Grundsicherung soll ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft („sozio-kulturelles Existenzminimum“) ermöglicht werden.

- a) Kreuze an, was deiner Meinung nach zu diesem notwendigen Lebensunterhalt gehört. Diskutiert in der Klasse und einigt euch auf vier Punkte.
- b) Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern eine solche Grundsicherung erhalten, werden 215 Euro (bis Vollendung 6. Lebensjahr), 251 Euro (7.–14. Lebensjahr) bzw. 287 Euro (ab Vollendung 15. Lebensjahr) ausgezahlt. Stimmt nach ausführlicher Diskussion darüber ab, ob ihr diese Sätze für gerecht haltet. Was wäre eventuell die Alternative?

- | | | | |
|--|--|---------------------------------------|--|
| ☐ Hausrat | ☐ Handy-Vertrag | ☐ Klassenfahrt | ☐ Fernseher |
| ☐ Restaurantbesuche | ☐ Internetanschluss | ☐ Bekleidung | ☐ Zigaretten |
| ☐ eigenes Auto | ☐ Nahrung | ☐ Körperpflege | ☐ Krankenversicherung |
| ☐ Telefonanschluss | ☐ Urlaubsreisen | ☐ Zeitungsabo | |

— Weiterführende Hinweise

— Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

Schriftenreihe

Band 511: Das Ende der Armut

Jeffrey D. Sachs, Bonn 2006
— Bestell-Nr. 1.511

Band 687: Die Ausgeschlossenen

Heinz Bude, Bonn 2006
— Bestell-Nr. 1.687

Band 706: Die unterste Milliarde

Paul Collier, Bonn 2008
— Bestell-Nr. 1.706

Einzelpublikationen

Datenreport 2008

Statistisches Bundesamt/Gesis-Zuma/
WZB (Hrsg.), Bonn 2008
— Bestell-Nr. 1.738

Weltentwicklungsbericht 2010

Weltbank/bpb (Hrsg.), Bonn 2010
— Bestell-Nr. 2.192

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)

26/2006: Kinderarmut

— nur noch online verfügbar

33-34/2008: Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung

— nur noch online verfügbar

10/2010: Entwicklungspolitik

— Bestell-Nr. 7.010

Themenblätter im Unterricht

Nr. 30: Arbeitslosigkeit

— nur noch online verfügbar

Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit (neu 2008)

— Bestell-Nr. 5.394

Nr. 62: Unterschicht in Deutschland?

— nur noch online verfügbar

— Weitere Publikationen

Bundesregierung (Hrsg.):

Lebenslagen in Deutschland:

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Berlin 2008, online unter:
www.bmas.de > Schlagwortsuche:
„3. Armutsbericht“

BMAS (Hrsg.):

Statistisches Taschenbuch 2010

Bonn 2010, online unter:
www.bmas.de

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Statistisches Jahrbuch 2010

Wiesbaden 2010, online unter:
www.destatis.de

World Bank (Hrsg.):

Global Economic Prospects 2010

Washington DC 2010, online unter:
www.worldbank.org

Didaktische Materialien

Kindernothilfe e.V. (Hrsg.):

Armut als globale Herausforderung

Duisburg 2006

— bpb-Publikationen Online

Bestellmöglichkeiten und weitere Informationen zu den Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung unter:

www.bpb.de/publikationen

HINWEISE



— Internetadressen

www.bmas.de

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

www.bpb.de

> Wissen > Zahlen und Fakten >
Die soziale Situation in Deutschland
Die soziale Situation in Deutschland
(Themenportal der bpb)

<http://mdgs.un.org>

Millennium Development Goals Indicators

www.oecd.org

Organisation für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung (OECD)

www.epp.eurostat.ec.europa.eu

Statistisches Amt der Europäischen
Gemeinschaften (EUROSTAT)

www.destatis.de

Statistisches Bundesamt

www.undp.org

United Nations Development Programme

www.millenniumcampaign.de

UN-Millenniumskampagne Deutschland

www.worldbank.org

Weltbank

www.armut.de

Deutsches Institut für Armutsbekämpfung

[www.tagesschau.de/](http://www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.html)

inland/statistikhartz100.html

Übersicht zu den Hartz-IV-Regelleistungen

— bpb-Publikationen für den Unterricht (alle unter www.bpb.de > Publikationen)



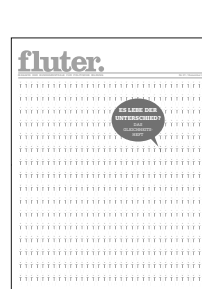
Gesellschaft für Einsteiger
Thema im Unterricht/extra
— Bestell-Nr. 5.333



Unterschicht in Deutschland?
Themenblätter im Unterricht Nr. 62
— nur noch online



pocket global
— Bestell-Nr. 2.553
(1,50 Euro)



Es lebe der Unterschied
– Das Gleichheitsheft (Nr. 21)
— Bestell-Nr. 5.821

— Neu!



„jetzt mal ehrlich“ –
das Kartenspiel zu „Gesellschaft für Einsteiger“
60 farbig illustrierte Spielkarten mit
heiklen Situationen (Autor: Bernhard Weber).
— Bestell-Nr. 1.924 (1,50 Euro)

Ein Spieler entscheidet sich, wie er in der Situation auf der Spielkarte handeln würde und überlegt, wie ihn die anderen einschätzen.

Ein Spiel für Menschenkenner und solche, die es werden wollen.

DER TIMER KOMMT. JEDES JAHR IM JUNI.



Der informative Hausaufgabenkalender der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im DIN A5-Format auf 160 Seiten. Tag für Tag Interessantes und Erstaunliches aus Politik, Zeitgeschichte, Kultur und Gesellschaft. Mit ausführlichem Serviceteil, Stundenplänen, Landkarten, Formelsammlungen und vielen Links und Adressen.

www.bpb.de/timer

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

— Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73

— Versandbedingungen im Inland

Bis 1 kg: portofrei.

1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.

Stand: 1. September 2010

An den
IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1

18184 Roggentin

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag per Post verschickt werden. Bitte ausreichend frankieren!

Lieferanschrift

☐ Schule
☐ Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

— Jedes Jahr im Juni erscheint der neue Timer!

Die Taschenbuchversion

Anzahl Kosten je Timer

1–3 3,00 Euro

4–49 1,50 Euro

50–99 1,00 Euro

ab 100 0,75 Euro

Die Hardcoverversion

Anzahl Kosten je Timer

1–2 5,00 Euro

3–49 3,00 Euro

50–99 2,00 Euro

ab 100 1,50 Euro



Portokosten ab 1 kg: je angefangene 20 kg Versandgewicht 4,60 Euro Versandpauschale im Inland.
Der Timer wiegt ca. 240 g (Taschenbuch), bzw. 330 g (Hardcover)

Spielkarten (1,50 Euro pro Ex.)

früher oder später – das Kartenspiel zu pocket zeitgeschichte

Bestell-Nr. 1.921 Ex. **früher oder später**

wahlzeit! warum wählen? – das Kartenspiel zu Wahlen für Einsteiger

Bestell-Nr. 1.922 Ex. **wahlzeit! warum wählen?**

irre genug – das Kartenspiel zu Politik für Einsteiger

Bestell-Nr. 1.923 Ex. **irre genug**

jetzt mal ehrlich – das Kartenspiel zu Gesellschaft für Einsteiger

Bestell-Nr. 1.924 Ex. **jetzt mal ehrlich neu!**

Themenblätter im Unterricht

Bestell-Nr. 5.977 Ex. **Afghanistan kontrovers (Nr. 84)**

Bestell-Nr. 5.978 Ex. **Zusammengewachsen? (Nr. 85)**

Bestell-Nr. 5.979 Ex. **Konjunktur (Nr. 86)**

weitere Themenblätter (→ Seite 2)

pocket (1,50 Euro pro Ex.)

Bestell-Nr. 2.551 Ex. **pocket politik**

Bestell-Nr. 2.552 Ex. **pocket wirtschaft**

Bestell-Nr. 2.553 Ex. **pocket global**

Bestell-Nr. 2.554 Ex. **pocket europa**

Bestell-Nr. 2.555 Ex. **pocket zeitgeschichte**

Bestell-Nr. 2.556 Ex. **pocket kultur**

Bestell-Nr. 2.557 Ex. **pocket recht neu!**

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

Bestell-Nr. 5.399 Ex. **Was heißt hier Demokratie?**

Bestell-Nr. 5.306 Ex. **Europa für Einsteiger**

Bestell-Nr. 5.307 Ex. **Wahlen für Einsteiger**

Bestell-Nr. 5.332 Ex. **Politik für Einsteiger**

Bestell-Nr. 5.333 Ex. **Gesellschaft für Einsteiger neu!**